Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich **Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung**	Datum 29.10.2007
	Schriftführung: Christian Ruhe Telefon-Nr.: **02202/142237**
Niederschrift	
Hauptausschuss	**Sitzung am Dienstag, dem 16. Oktober 2007**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:07 Uhr - 18:56 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 11.09.2007 - öffentlicher Teil -**
526/2007

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4.a **Resolution zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn**
551/2007

5. **Regionale 2010 - Projekt stadt :gestalten**
525/2007

6. **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme am Gemeindekongress 2007 und der 18. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 24.10.2007 in Münster**
534/2007

7. **Anträge der Fraktionen**

8. Anfragen der Ausschussmitglieder

B **<u>Nicht öffentlicher Teil</u>**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 11.09.2007 - nicht öffentlicher Teil -**
527/2007

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Anträge der Fraktionen**

5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 17. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.
Für die Sitzung sind Herr Willnecker (CDU), Frau Kreft, Herr Waldschmidt (beide SPD), Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Koshofer (FDP) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Bendig (CDU), Frau Schneider, Herrn Galley (beide SPD), Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Vollmer (FDP).

Herr Orth spricht sein tiefes Bedauern aus über den plötzlichen Tod von Herrn Klaus-Peter Freese am vergangenen Freitag. Herr Freese sei seit 1984 Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und seit 1989 Mitglied des Hauptausschusses gewesen. Seine außergewöhnliche Popularität habe er einer überzeugenden kommunalpolitischen Arbeit, seinem diplomatischen Geschick und seinem offenen Wesen verdankt. Mit Herrn Freese gehe eine herausragende Persönlichkeit der Bergisch Gladbacher Lokalpolitik und des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Er habe sich durch sein ehrenamtliches Engagement, das weit über die kommunalpolitische Tätigkeit hinausgegangen sei, in hervorragender Weise um das Wohl der Stadt Bergisch Gladbach verdient gemacht. Die Lücke, die er hinterlasse, werde nur sehr schwer zu schließen sein.

Die Hauptausschussmitglieder gedenken Herrn Klaus-Peter Freese in einer Schweigeminute.

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 04.10.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die Vorlage 551/2007 - Resolution zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn (Tischvorlage).

Herr Orth erläutert, er habe die Hauptausschussmitglieder mit Schreiben vom 11.10.2007 darüber informiert, dass der Landesverkehrsminister kurzfristig über den Verlängerungsantrag des Flughafens Köln/Bonn zur Nachtflugregelung entscheiden wolle. Diese Absicht sei erst nach Versand der Einladung zur Sitzung des Hauptausschusses bekannt geworden. In der Sitzung der Fluglärmkommission am 08.10.2007 seien sich die kommunalen Vertreter einig gewesen, sich gegen die beabsichtigte Vorgehensweise des Ministeriums wehren und sich ein Mitspracherecht sichern zu müssen. Er empfehle daher, die Tagesordnung wegen äußerster Dringlichkeit um die

Behandlung der Vorlage 551/2007 zu ergänzen.
Man müsse davon ausgehen, dass das Landesverkehrsministerium noch vor der Hauptausschusssitzung am 04.12.2007 in der Sache entscheiden werde.

Herr Widdenhöfer ergänzt, dass das Ministerium die Entscheidung über den Verlängerungsantrag des Flughafens ursprünglich erst am Jahresende habe treffen wollen. In der Vorbesprechung zur Fluglärmkommission am 08.10.2007 habe er selbst erfahren, dass das Ministerium unmittelbar nach der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission am 22.10.2007 im Rahmen eines reinen Verwaltungsverfahrens, d.h. ohne Beteiligung des Landtages und ohne Anhörung der betroffenen Kommunen, in der Sache entscheiden wolle.

Herr Mömkes und Herr Dr. Kassner äußern, die CDU-Fraktion habe keine Gelegenheit gehabt, sich mit der Vorlage auseinanderzusetzen. Die CDU-Fraktion hätte am 15.10.2007 keine Fraktionssitzung abhalten können, da an diesem Tag der Regionalkonvent stattgefunden habe. Der Kreistag wolle über das Thema erst am 05.12.2007 in einer Sondersitzung beraten; der Hauptausschuss könne daher auch in seiner Sitzung am 04.12.2007 über die Resolution beraten.

Frau Beisenherz-Galas, Frau Hammelrath, Herr Lang und Frau Schmidt-Bolzmann erklären, dass sie den Beschlussvorschlag, insbesondere mit Blick auf die Interessen und vor Allem auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, unterstützen. Es gehe gegenwärtig darum, die Entscheidung des Ministeriums herauszuzögern, damit die betroffenen Kommunen beteiligt werden können. Für eine inhaltliche Diskussion bestehe noch ausreichend Gelegenheit.

Herr Orth schlägt vor, die Vorlage als TOP A 4a in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDitiative und BfBB gegen die Stimmen der CDU folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung wird um den Punkt „Resolution zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn“ erweitert.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@-> Herr Orth weist auf einen Fehler in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 11.09.2007 - öffentlicher Teil - hin. Unter TOP A 9 (Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum "Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IdR)") müsse es korrekt heißen:

„Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Stadt Bergisch Gladbach tritt dem „Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR)“ bei.“

In der Niederschrift sei fälschlicherweise „Beschlussempfehlung“ vermerkt worden.

Mit dieser Korrektur wird die Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2007 - öffent-

licher Teil - genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 11.09.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@

4.a Resolution zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn

@-> Frau Beisenherz-Galas bittet die übrigen Hauptausschussmitglieder, die Resolution zu unterstützen. Für besonders bedenklich halte sie mögliche Gesundheitsbeeinträchtigungen oder -schädigungen durch nächtlichen Fluglärm. Sie verweist dazu auf die in der Vorlage erwähnte Studie.

Herr Mömkes zweifelt nicht an der inhaltlichen Notwendigkeit einer weiteren Studie über die Auswirkungen von Fluglärm auf die menschliche Gesundheit. Es stehe natürlich außer Frage, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger absolute Priorität habe. Es gehe der CDU-Fraktion nicht um den wesentlichen Inhalt der Resolution, man habe jedoch noch Abstimmungsbedarf über die weitere Vorgehensweise; er beantrage daher die Vertagung von TOP A 4a.

Herr Zalfen spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Für den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung stimmt die CDU. Mit Gegenstimmen der übrigen Hauptausschussmitglieder wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Widdenhöfer erklärt, dass die aktuelle Nachtflugregelung auf das Jahr 1997 zurückgehe und bis 2015 gültig sei. Zum Hintergrund der vom Ministerium geplanten Verlängerung der Nachtflugregelung erläutert Herr Widdenhöfer, dass Lufthansa Cargo und DHL ihre Standorte vom Flughafen Köln/Bonn nach Leipzig verlagern würden. Im Jahre 2010 werde sich dafür FedEx mit seiner Europazentrale am Flughafen Köln/Bonn positionieren. Dieses Unternehmen verlange jedoch eine langfristige Planungssicherheit für den Nachtflug. Daher habe der Flughafen bereits in diesem Jahr den Antrag gestellt, die jetzige Regelung bis zum Jahr 2030 zu verlängern. Nach Auffassung des Verkehrsministeriums handele es sich bei dieser Verlängerung um ein reines Verwaltungsverfahren ohne Beteiligung des Landtages und ohne Anhörung der betroffenen Kommunen und es würden nach Auffassung des Ministeriums auch keine zusätzlichen Belastungen für die Bevölkerung eintreten. Diese Auffassung sei jedoch vor dem Hintergrund, dass das Frachtaufkommen wahrscheinlich langfristig von jetzt 700.000 t auf über 1.000.000 t steigen werde, nicht haltbar, auch wenn das Frachtaufkommen sich durch den Standortwechsel von Lufthansa Cargo und DHL zunächst um wahrscheinlich 200.000 t verringern werde. Die Stadt Bergisch Gladbach solle sich -

wie auch die anderen Kommunen - gegen dieses Verfahren zur Wehr setzen und ein Recht auf Beteiligung einfordern. Eine Entscheidung des Ministeriums werde jedoch höchstwahrscheinlich schon vor der nächsten Hauptausschusssitzung im Dezember vorliegen und daher müsse die Resolution heute verabschiedet werden. Nach einer Entscheidung des Ministeriums könne kein politischer Druck mehr ausgeübt werden und eine Anfechtung der Entscheidung nur noch auf dem Rechtsweg erfolgen.

Herr Orth erläutert, dass ihm die Gesundheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr wichtig sei und nicht hinter rein wirtschaftliche Interessen zurückgestellt werden dürfe. Es sei ihm überaus wichtig, dass eine weitere fundierte Studie über die Auswirkungen von Fluglärm durchgeführt und Beteiligungsrechte für die Fluglärmkommission durchgesetzt würden.

Frau Hammelrath ergänzt, dass man die wirtschaftlichen Interessen der Region natürlich nicht völlig außer Acht lassen wolle.

Herr Schütz bittet um Auskunft, ob der Nachtflugverkehr auch im Bereich Schildgen, Paffrath und Hand zugenommen habe. Anwohner hätten ihm von einer erhöhten Lärmbelastung berichtet.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass er dies überprüfen werde.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Landesverkehrsminister als Genehmigungsbehörde für die Betriebsgenehmigung des Flughafens Köln/Bonn auf, derzeit keine Verlängerung der Betriebsgenehmigung zu erteilen. Vor einer Entscheidung über den Antrag des Flughafens Köln/Bonn auf Verlängerung der Betriebsgenehmigung bis zum 31.10.2030 sind die Anliegerkommunen und die Fluglärmkommission zu beteiligen. Mit ihnen sind Perspektiven für eine tatsächlich signifikante Lärmminderung für die Nacht zu erörtern. Vor einer Entscheidung ist eine fundierte epidemiologische Studie zur Abschätzung potenzieller Gesundheitsschäden durch Fluglärm zu erarbeiten.

<-@

5. <u>Regionale 2010 - Projekt stadt :gestalten</u>

@-> Herr Schmickler berichtet, die Stadt Bergisch Gladbach sei mit ca. 50 Personen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden beim gestrigen 1. Konvent der Regionale 2010 in der Kölner Philharmonie (insgesamt 1400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) sehr gut vertreten gewesen. Bereits vor einigen Monaten habe die Stadt Bergisch Gladbach für das Projekt Strunde als Teil des Projektes Regio Grün den A-Stempel erhalten. Es lägen zudem positive Entscheidungen des Kreistages und der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz zum Projekt stadt :gestalten vor. Dieses Projekt sei eines der sieben städtebaulichen Schwerpunktprojekte der Regionale 2010. Das heute zur Entscheidung vorliegende Memorandum sei eine sehr komplexe Planungsaufgabe. Dem Memorandum gelinge der Spagat zwischen der notwendigen langfristigen Planungsausrichtung und dem Drängen der Öffentlichkeit nach sofortigen konkreten Ergebnissen. Die Regionale 2010 biete der Stadt zwei Chancen: einerseits die Erlangung von Fördermitteln sowie qualifizierte Projekte und Planungsverfahren und

andererseits die Rückgewinnung der Planungshoheit über die Bergisch Gladbacher Innenstadt.

Frau Müller-Veit erläutert, dass der Passus „Sprachgebrauch“ auf der letzten Seite des Memorandums (Seite 102 der Einladung) wieder entfernt werde.

Es folgt ein Vortrag von Herrn Krause (FB 6-611). Die dabei verwendeten Power-point-Präsentationsfolien sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Orth führt aus, dass die abschließende Beschlussfassung zur Vorlage 525/2007, Regionale 2010 - Projekt stadt :gestalten, in der Sitzung des Rates am 18.12.2007 erfolgen werde.

Herr Ziffus verliest Anmerkungen, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind. Mit dem Memorandum zeigt sich Herr Ziffus zufrieden; die Anmerkungen sollten jedoch im weiteren Verfahren als Denkanstöße berücksichtigt werden.

Herr Albrecht spricht sich positiv über das Memorandum und der Verwaltung sein ausdrückliches Lob aus.
Herr Albrecht erläutert, er sei oft gefragt worden, warum die Stadt Bergisch Gladbach in der Projektplanung zur Regionale 2010 bisher so weit zurückgelegen habe. Dies liege aus seiner Sicht wahrscheinlich daran, dass die Stadt Bergisch Gladbach so sorgfältig geplant habe. So musste einerseits zunächst eine umfangreiche Bestandsaufnahme vorgenommen werden; andererseits habe man sich in Bergisch Gladbach mit Planungen für einen komplexen Stadtkern beschäftigen müssen, in die man einige private Baumaßnahmen habe integrieren müssen. In anderen Kommunen seien die Planungen wesentlich überschaubarer gewesen und daher schneller abgeschlossen worden.

Frau Hammelrath empfindet es als sehr positiv, dass Verwaltung, Politik und Bürger wieder miteinander sprächen, um städtebauliche Entwicklungen positiv begleiten zu können. Dies werde sich durch das geplante Verfahren sicherlich noch intensivieren und sei auch dringend erforderlich, wie die Vergangenheit gezeigt habe. Man solle sich streng an die durch das Memorandum vorgegebene Linie halten, damit unsinnige Entwicklungen vermieden werden können - so habe sie von aus ihrer Sicht völlig unsinnigen Diskussionen gehört, die Fußgängerzone in Gladbach wieder für den Kraftfahrzeug-Verkehr freizugeben.
Grundstückseigentümer sollten in die Planungen intensiver einbezogen werden. Interessant finde sie Vorschläge aus der Bürgerschaft, auf ehemals rein industriell und gewerblich genutzten Flächen eventuell einen Campus, an dem sich Unternehmen und Bildungsstätten ansiedeln könnten, einzurichten. Dies sei in Ansätzen bereits vorhanden. Vor Allem müsste eine vernünftige Lösung für das Bahnhofsumfeld, insbesondere Cox- und Köttgen-Gelände und für den Bereich Buchmühle gefunden werden.

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, ob die Stadt tatsächlich 40% der Investitionskosten selbst tragen müsse. Es sei bisher immer von 20% ausgegangen worden.

Herr Krause antwortet, die Förderquote liege bei 70%. Darüber hinaus gebe es auch Maßnahmen, die nicht gefördert würden. Die Verwaltung habe deshalb immer von einem Eigenanteil von 30% bis 40% gesprochen.

Herr Ziffus spricht sich dafür aus, die Grundideen des Stadtentwicklungskonzeptes von 2001, die mit den heutigen Planungsvorschlägen übereinstimmen, nicht mehr in Frage zu stellen. Der Rat müsse zudem eine Meinungsführerschaft in der Regionale-Planung entwickeln.
Herr Ziffus kritisiert die Rhein-Berg-Passage in Bezug auf das „billige Material“ der aus seiner Sicht extrem steilen Eingangstreppe am Bahnhofsbereich und die mangelhafte Beleuchtung in Richtung Grüne Ladenstraße.

Herr Schütz fragt, welche Verbindlichkeit das Memorandum hätte. So könne auch er einigen Vorschlägen, z.B. der schon von Herrn Ziffus kritisierten Hochstraße am Quirlsberg, nicht zustimmen. Mit dem Memorandum sei er grundsätzlich zufrieden; zu einzelnen Punkten sehe er jedoch noch Änderungsbedarf.

Frau Müller-Veit antwortet, dass es in den Plänen der Stadt keinen „Overfly“ gebe. Es handele sich vielmehr um einen Verbindungspfeil, der Räume zusammenbringen solle und keinesfalls eine Hochstraße darstelle. Entsprechende Verbindungspfeile seien auch an anderen Stellen im Memorandum zu finden. Die von Herrn Ziffus formulierten Anregungen würden den Vorschlägen und Ideen der Verwaltung in den meisten Punkten nicht widersprechen. Das Memorandum sei eine Planungsbasis; die Rahmenplanung sei ergebnisoffen. Z.B. werde darüber, dass ein Bahnhofsvorplatz mit einem Empfangsgebäude eingerichtet werden müsse, nicht mehr diskutiert, wohl aber über die Gestaltung. Insofern sei das Memorandum „Grundgesetz“ für das Projekt stadt :gestalten.

Herr Lang äußert mit Blick auf die Haushaltslage Zweifel daran, dass der Stadt die zu erwartenden 4 Mio. EUR Eigenbeteiligung tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Man müsse sich daher einig sein, dass an anderen Stellen eisern gespart werden müsse.

Herr Zalfen und Herr Mömkes beschreiben, dass heute keine Einzelheiten, sondern Grundlagen beschlossen würden. Alle weiteren Planungen - und damit die Hauptarbeitsphase - stünden Politik und Verwaltung noch bevor.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:
<-@
@-> Dem vorgestellten Projekt stadt :gestalten - Regionale 2010 wird in seinen Inhalten, der Struktur und den vorgeschlagenen Abläufen zugestimmt.

<-@

6. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme am Gemeindekongress 2007 und der 18. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 24.10.2007 in Münster

@-> Herr Orth bittet darum, die Dienstreisegenehmigung auch für Frau Beisenherz-Galas und Herrn Schier zu erteilen, die sich erst nach dem Versand der Einladung zur heutigen Sitzung für die Teilnahme angemeldet hätten.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden ergänzten **Beschluss**:
<-@
@-> Die Dienstreisegenehmigung für die Mitglieder des Rates Renate Beisenherz-Galas,

Johann Kierspel, Robert Martin Kraus, David Rosen, Peter Sacher, André Schier, Günter Schneeloch und Brigitte Schöttler-Fuchs zur Teilnahme am Gemeindekongress 2007 und an der 18. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen am 24.10.2007 in Münster wird erteilt.

<-@

7. Anträge der Fraktionen

@-> Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@

8. Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Es liegen keine Anfragen der Hauptausschussmitglieder für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@